

Mach' meinen Kumpel nicht an!

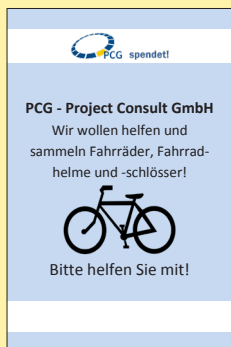
MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCENGLEICHHEIT

FEBRUAR 2016

Mobilität für Flüchtlinge

Engagement der PCG



Mit dem Rad zum Supermarkt oder einfach quer durch die Stadt zu fahren, bedeutet ein großes Stück Unabhängigkeit, Mobilität und Freiheit. Durch eine Fahrrad-Spendenaktion soll den Flüchtlingen dieses Stück Freiheit ermöglicht werden.

Der Kooperationspartner der Gewerkschaften, die PCG-Project Consult GmbH aus Essen, sammelt deshalb in ihrer Geschäftsstelle gebrauchte Fahrräder, wo sie bei Bedarf – zusammen mit den Flüchtlingen – repariert und verkehrstauglich gemacht werden. Die PCG freut sich daher über jedes gespendete Fahrrad, das an die Flüchtlinge – evtl. nach kleineren Reparaturen – dann voll funktionstüchtig übergeben werden kann. Informationen zu den Spenden und der Aktion erhaltet Ihr beim Ansprechpartner Sven Toppel unter: sven.toppel@pcg-projectconsult.de



Vom Flüchtling zum Nachbar

Flüchtlingskonferenz des DGB Bonn / Rhein-Sieg

Unter dem Motto „Refugees – welcome. Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität!“ fand am 16. Januar im Bonner DGB-Haus die Flüchtlingskonferenz des DGB Bonn/Rhein-Sieg statt. Rund 60 interessierte Kolleginnen und Kollegen diskutierten mit Experten aus Wissenschaft, Lokalpolitik und den Gewerkschaften die globalen Ursachen der Flüchtlingsmigration, sowie die kommunalen Herausforderungen der Integration. Auch die Gelbe Hand war mit einem Info-Stand vertreten, um ein sichtbares Zeichen gegen Rassismus zu setzen. In seiner Begrüßung betonte Bernd Weede,



v.l. Bernd Weede, Sprecher DGB Bonn/Rhein-Sieg, Katrin Tremel, Bezirksvorsitz. ver.di NRW Süd, ver.di Geschäftsführerin Monika Bornholdt, Rainer Bohnet, EVG-Vorsitz. Bonn/ Rhein-Sieg

„Wir werden nicht aufhören, uns den Rassisten entgegenzustellen!“

Sprecher des DGB Bonn/Rhein-Sieg, vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in der Kölner Silvesternacht, dass sexuelle Übergriffe zu bestrafen seien – unabhängig von der Herkunft der Person: „Vor dem Gesetz sind alle gleich – es darf jetzt keinen Generalverdacht gegen Flüchtlinge geben.“ Die Mitglieder rief er daher zu verstärktem Engagement gegen Rassismus auf: „Wir werden nicht aufhören, uns den Rassisten entgegenzustellen!“ Nach einem Vortrag von Dr. Leininger

(Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) zu den globalen Fluchtursachen legte Daniel Weber vom DGB Bildungswerk Bund die Position der Gewerkschaften dar. Bessere Teilhabechancen, ein hürdenfreier Zugang zu Bildung und Ausbildung sowie der Kampf gegen Ungleichbehandlung seien gewerkschaftliche Kernanliegen: „Unsere Kompetenz liegt genau da – die Schwäche-

ren in der Gesellschaft und Schutzsuchende vor Ausbeutung zu schützen.“ Welche organisatorischen Herausforderungen die kommunalen Akteure vor Ort zu bewältigen haben, wurde in der anschließenden Podiumsdiskussion deutlich. Diskutanten waren die Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn, Coletta Manemann, der Sozialdezernent des Rhein-Sieg-Kreises, Hermann Allroggen, sowie Georg Fenninger vom Deutschen Roten Kreuz in Bonn. Die Moderation übernahm Rainer Bohnet, EVG-Vorsitzender in Bonn. Kurzfristig sei die Unterbringung der Flüchtlinge eine enorme logistische Aufgabe gewesen, langfristig, so die Integrationsbeauftragte Manemann, wünsche sie sich, dass „aus dem Flüchtling der Nachbar werde“. Insgesamt ging ein hoffnungsvolles Signal von der DGB-Konferenz aus – gemeinsam kann Integration gestaltet werden.

Gute Sozialpolitik für alle

Neujahrsempfang des DGB-Kreises Grafschaft Bentheim in Nordhorn



Der traditionelle Neujahrsempfang des DGB-Kreises Grafschaft Bentheim in Nordhorn am 17. Januar stand dieses Jahr ganz im Zeichen der Flüchtlingsthematik. Gastredner der Veranstaltung war Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins. „Unsere Themen sind aktueller denn je“, betonte Pollice und verwies dabei auf die steigende Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte: „Dass Flüchtlinge nach ihrer Ankunft Gewalt ausgesetzt sind, ist beschämend.“ Die sozialen Medien wirkten in diesem Zusammenhang als Plattform für einen ungefilterten Rassismus. Mit Zuversicht blickte er auf die Integration der Flüchtlinge: „Der Kumpelverein, der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stellen sich den Herausforderungen. Wir sind davon überzeugt, dass diese von Bund, Ländern und Kommunen sowie von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften und der gesamten Zivilgesellschaft gemeinsam bewältigt werden können.“ Denn Pollice zeigte auch Chancen auf:

„Zukunftsfähig sind die Staaten, die die Einwanderung als Gestaltungselement der demografischen Wandels betrachten.“ Rassismus verletze letztlich Menschen in ihrer Würde und gefährde den gesellschaftlichen Frieden. Auch Petra Tiesmeyer, DGB-Regionsgeschäftsführerin, warnte vor dem Stimmungsumschwung. Mit Blick auf die Geschehnisse der Kölner Silvesternacht machte sie deutlich, dass es sich um Kriminalität handle – und zwar egal, welcher Herkunft die Täter seien. Sie forderte, sich als Gesellschaft jetzt nicht entzweien zu lassen. Bundestagsabgeordnete und Fördermitglied Dr. Daniela De Ridder sprach sich dafür aus, im Hinblick auf eine gute Integrationspolitik vor allem auf präventive Maßnahmen zu setzen. „Wir dürfen Rassismus in unserer Gesellschaft nicht zulassen, aber wir müssen auch immer wieder für Verteilungsgerechtigkeit eintreten, damit niemand zu kurz kommt!“, erklärte De Ridder. Die zahlreich erschienenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diskutierten im Anschluss an die Vorträge bisweilen emotional die aktuellen Herausforderungen. Am Ende brauche es eine gute Sozialpolitik für alle gesellschaftlichen Gruppen, so das Fazit.

Integration durch Arbeit und Engagement – Gegen Rassismus, für gleichberechtigte Teilhabe

Interview mit Petra Reinbold-Knape, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE



Petra Reinbold-Knape, Foto: Helge Krückeberg

Die Integration der Flüchtlinge ist eine große gesellschaftliche und politische Herausforderung. Arbeit ist dabei ein wesentlicher Faktor. Welchen Beitrag kann die IG BCE in ihrem Kerngebiet, der Arbeitswelt, leisten? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um gerade auch junge Flüchtlinge in Ausbildung oder Arbeit zu bringen?

Bei der Integration der Flüchtlinge bedarf es unterschiedlicher Ansätze. Wichtig ist, dass dies von Anfang an geschieht. Es geht um humanitäre Hilfe, aber auch um Arbeitsperspektiven. Deswegen haben wir uns schon letztes Jahr mit den Arbeitgebern der Chemiebranche zusammengesetzt und gesagt: Da wird eine Herausforderung auf uns zukommen. Es kommen Menschen, von denen viele auch bleiben werden. Lasst uns nicht die Fehler wiederholen, die bei der „Gastarbeiter“-Migration teilweise passiert sind. Also, was können wir als Gewerkschaft? Arbeit und Ausbildung. Und da haben wir uns vor allem auf Jugendliche konzentriert. Das Programm „Start in Beruf“ für Jugendliche, die nicht direkt den Einstieg in die Ausbildung schaffen, wurde ausgeweitet. Wir haben gemeinsam mit den Arbeitgebern zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt. Das ist ein gutes Instrument. Allerdings muss die Sprachförderung davor geschaltet werden. Da haben wir uns mit der Technischen Hochschule Agricola in Bochum zusammengetan. Sie bietet Deutschkurse an, bei denen die Flüchtlinge auch schon in ein Studium hier in Deutschland reinschnuppern können.

Wo liegen die Schwierigkeiten – und wo die Chancen für die Flüchtlinge, aber auch für die ganze Gesellschaft?

Bedingt durch den demografischen Wandel werden in Zukunft immer weniger Jugendliche eine Ausbildung beginnen. Es muss Zeit ins Land gehen, wir sind da realistisch, aber an der einen oder anderen Stelle kann dem demografischen Wandel dadurch entgegengewirkt werden. Das sind Berufe im Vollkonti-Schichtbetrieb oder in kleineren Branchen und Betrieben. Schwierigkeiten ergeben sich aus der Unsicherheit des Aufenthaltsstatus.

Hier wären wir bei der Politik. Welche politischen Rahmenbedingungen sind wichtig, um gleichberechtigte Teilhabe und einen diskriminierungsfreien Zugang zu Arbeit zu schaffen?

Die Ungewissheit über den Aufenthaltsstatus bedeutet auch Unsicherheit für den Arbeitgeber, wenn dieser nicht weiß, ob die Person, die er einstellen will, nicht irgendwann zurückgeführt wird. Die Chance auf Arbeit muss auch die Sicherheit mit sich bringen, dass der- oder diejenige für die Zeit der Ausbildung, auch darüber hinaus, hier bleiben kann. Deshalb fordern wir schon lange von der Politik schnellere Asylverfahren. Es kann nicht sein, dass die Menschen Monate, Jahre warten, weil nicht genügend Personal da ist. Es benötigt einer Aufstockung, aber das wurde jetzt endlich von der Politik erkannt. Auch beim Thema „Berufsabschluss“ brauchen wir intelligente Lösungen. Wenn jemand seinen Gesellenbrief nicht dabei hat, heißt das nicht, dass er keine Qualifikation hat. Gut finde ich da eine Initiative der Bundesagentur für Arbeit, die das Potenzial der Flüchtlinge am praktischen Beispiel in Betrieben erproben lässt. Dann zeigt sich, ob derjenige zum Beispiel schon einmal als Schlosser gearbeitet hat. Bei der Anerkennung der ausländischen Berufsabschlüsse – das sagen wir seit Jahren – muss ebenfalls nachgebessert werden.

In diesen Tagen sprechen wir oft vom „sozialen Frieden“. Wie kann gewährleistet werden, dass einzelne Gruppen, vor allem die sozial schwächeren, nicht gegeneinander ausgespielt werden?

Flüchtlinge dürfen keine Lohndrücker sein. Es muss nach Mindestlohn und Tarif bezahlt werden! Da darf es keine Ausnahmen geben, sonst würden wir die Arbeitnehmerschaft spalten. Das darf nicht passieren.

Nach den Vorkommnissen der Kölner Silvesternacht droht die Stimmungslage zu kippen. Flüchtlinge stehen nun oftmals pauschal unter Generalverdacht. Was können die Gewerkschaften und die IG BCE tun, um ein gesellschaftliches Auseinanderdriften zu vermeiden? Um rassistischen Argumentationen entschieden entgegenzutreten – ohne dabei andere soziale Probleme aus dem Blick zu verlieren?

Köln war natürlich ein Schlag gegen den guten Willen. Die Menschen sind jetzt verunsichert, sie fragen sich: Wie soll ich mich verhalten? Ganz klar: Was in Köln und in anderen Städten passiert ist, ist widerlich und inakzeptabel. Das darf jetzt aber auch nicht zu einem Generalverdacht führen. Wir müssen weiterhin die gewerkschaftlichen Werte der Toleranz und Solidarität vorleben, aber auch eindeutig sagen: Das geht nicht. Die Täter müssen das Gesetz spüren. Gleichzei-

tig müssen wir als IG BCE mit den Menschen im Betrieb reden und ihnen zuhören, ihre Sorgen ernst nehmen. Nicht alles ist gleich rechtsradikal, aber gegen falsche Pauschalierungen, einen Generalverdacht gegen ganze Gruppen, gegen rechtsextreme Parolen müssen wir als Gewerkschafter schon aus unserer Geschichte heraus immer wieder aufstehen. Auch im Hinblick auf kommende Landtagswahlen kann ich nur sagen: Demokraten wählen Demokraten!

Die IG BCE unterstützt das Engagement für Flüchtlinge in den IG-BCE-Bezirken. Warum ist Engagement vor Ort so wichtig?

Durch viele Gespräche wissen wir, dass unsere Mitglieder sich sehr aktiv in der Flüchtlingshilfe einbringen. In Dortmund haben IG-BCE-Mitglieder beispielsweise Patenschaften für Flüchtlinge übernommen. Sie organisieren Ausflüge, Deutschkurse, Zoobesuche oder Fußballturniere. Viele Kinder und Jugendliche sind traumatisiert, wir holen sie für eine kurze Zeit da raus.

Wie kann man das Zusammenleben stärken und der Verunsicherung, den Sorgen am effektivsten entgegenwirken?

Man muss Begegnungen schaffen. Oft frage ich auf Veranstaltungen: Wer hat denn schon mal länger mit einem Flüchtling gesprochen oder ihn kennengelernt? Wir müssen den Menschen als Individuum wahrnehmen. Köln hat uns tief getroffen, aber wir sollten jetzt nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Aber letztlich muss die Politik die Fluchtursachen bekämpfen und die Zuwanderung vernünftig regeln. Wenn dies gelänge, wären die Menschen auch weniger verunsichert.

Zusammenarbeit fortsetzen

Telekom-Jugend spendet für den Kumpelverein

Während der Auszubildendenversammlung der Telekom Köln sammelten die Jugendvertreter Spenden, die dem Kumpelverein zu Gute kommen. Diese wurden nun auf der Geschäftsstelle überreicht. Im Rahmen des Treffens fand ein sehr interessantes Gespräch mit Sezen Kizgin und Amin Hamdani über die betriebliche Situation der Azubis in Köln und deren Engagement statt: „Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Kumpelverein fortsetzen, um weiterhin über rassistische Entwicklungen in der Gesellschaft aufzuklären“, unterstreicht Junggewerkschafterin Kizgin.

Rassistische Instrumentalisierung von rechts

Pegida NRW-Demonstration am 9. Januar in Köln artete aus

Etwa 1.500 Personen waren dem Facebook-Aufruf von Pegida NRW am 9. Januar zum Breslauer Platz gefolgt. Demgegenüber standen rund 4.000 friedliche Pegida-Gegner vom Aktionsbündnis „Köln gegen Rechts“, darunter auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter seitens des DGB und ver.di. Als sich der rechte Demonstrationzug in Bewegung setzte, flogen schon die ersten Böller, kurze Zeit später auch Flaschen. Die Polizei stoppte den Aufzug und drängte ihn zurück zum Kundgebungsplatz. Dass die Stimmung extrem aggressiv war, dürfte auch an der medialen, rassistischen Instrumentalisierung der Kölner Vorfälle in der Silvesternacht gelegen haben. Diesen Mobilisierungseffekt bestätigte auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Köln: „So deutlich die Geschehnisse der Silvesternacht zu verurteilen sind, so unangemessen und gefährlich bleibt doch der weitere Diskussionsverlauf. (...) In den sozialen Netzwerken tobt seither eine rassistische Hetze, neben der die analytischen, feministischen und faktenorientierten Perspektiven nahezu untergehen.“ So schlossen sich der Demo auch die Partei „Die Rechte“, NPD NRW sowie

zahlreiche rechtsextreme Hooligans an, die sich mehrere Rangeleien mit der Polizei lieferten. Die zahlreichen szenebekanntem Redner, so die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus weiter, hätten offen gegen Ausländer und den Islam gehetzt, sowie der Bundesregierung „Völkermord an den Deutschen“ vorgeworfen. Stephan Otten, ver.di Gewerkschaftssekretär, sieht hier eine Gefahr für die Demokratie, der man als Demokrat aktiv entgegenzutreten müsse: „Derzeit sprechen viele Politikerinnen und Politiker, auch Bürgerinnen und Bürger davon, dass der Staat Stärke zeigen soll. Ich persönlich möchte eine wehrhafte Demokratie.“

Informationen und Hintergründe zur rechten Szene rund um Köln sowie fachkundige Beratung findet ihr im Netz: <http://www.mbr-koeln.de/>



„Wir sind auch Menschenrechtsbewegung“

IG Metall Düsseldorf-Neuss organisiert für Geflüchtete Deutschkurse mit Jobperspektive

Seit Dezember letzten Jahres besuchen rund 100 Geflüchtete aus Syrien, dem Irak, Iran und Afghanistan in Düsseldorf Deutschkurse, die die IG Metall Düsseldorf-Neuss in Kooperation mit der Transfergesellschaft Mypegasus und den Johannitern ins Leben gerufen hat. „Wir unterstützen den Unterricht mit Lehrmitteln, Schulheften, aber auch mit Büchern über das Rechts- und Ausbildungssystem, damit sich die Menschen in Deutschland zurecht finden“, erklärt Nihat Öztürk, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf-Neuss. Außerhalb der Kurse können die Kenntnisse noch in sogenannten Sprachtandems vertieft und ausgebaut werden. Diese werden vom Kulturverein ‚Mosaik e.V. – Zentrum zur Förderung des interkulturellen Dialogs in Düsseldorf und Umgebung‘ unterstützt, der gemeinsam mit der Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative und der IG Metall auch schon kulturelle Familienabende für die Geflüchteten veranstaltet hat. Ein zentraler Aspekt, der früh in den Sprachkursen aufgegriffen wird, ist die spätere Integration in den Arbeitsmarkt. Dafür führt Mypegasus in den Kursen ein „Profiling“ durch, um die beruflichen Hintergründe, Qualifikationen und Potenziale der

Geflüchteten zu erfassen. „Laut der Erhebungen sind rund ein Drittel der Geflüchteten Schüler, etwa 9 % waren in einem Handwerksberuf tätig, 7% in der Industrie“, erklärt Susanne Dohrmann, die auf der Seite von Mypegasus das Projekt begleitet. In einem nächsten Schritt sollen die Asylbewerber dann in Praktika oder Ausbildung vermittelt werden. Zu diesem Zweck fand am 10. Februar schon eine Infoveranstaltung statt. Für den Gewerkschafter Öztürk ist das ein wichtiger, auch humanitärer Beitrag, den die Gewerkschaften leisten: „Wir sehen in Geflüchteten von heute die Freunde, Nachbarn und Kollegen von morgen. Unser Kerngeschäft ist zwar die Tarif- und Betriebspolitik, aber wir sind auch eine Menschenrechtsbewegung, die den Werten der humanistischen Aufklärung und der universellen Menschenrechten verpflichtet ist.“



„Weiter dagegenhalten“

Fördermitglied Sebastian Ramnitz von Rechten diffamiert und bedroht



„Eine Bedrohungslage ist schon gegeben“, erzählt Sebastian Ramnitz. Daher patrouilliert auch die Polizei seit einigen Wochen zum Schutz regelmäßig vor seinem Wohnsitz. Der ehemalige Erzieher Ramnitz ist seit Jahren freiberuflich in der Rechtsextremismusprävention und Jugendbildungsarbeit tätig. Das Fördermitglied der Gelben Hand ist daher der rechten Szene bekannt und ihr schon lange ein Dorn im Auge. Ramnitz fährt auf die Demos, er fotografiert, berichtet und klärt auf. So auch in Köln bei Pegida am 9. Januar, als plötzlich neben ihm ein Böller explodierte. „Ich stand auch neben dem Wasserwerfer der Polizei, es flogen Flaschen und Böller“, erzählt der 27-Jährige. Kurz darauf kursierte im Internet ein manipuliertes Video, das angeblich zeigen sollte, wie Ramnitz den Böller gezündet haben soll, um die Pegida-Demo als „eingeschleuster Provokateur“ zu diskreditieren. Darunter sein Name, ein Foto, die Überschrift: „Pressevertreter schmeißt mit Böller“. Was danach passierte, glich einer Hetzjagd: „Ich wurde für vogelfrei erklärt“, so Ramnitz. Beschimpfungen und Morddrohungen – per Anruf, via Mail, auf Facebook. „Auge um Auge“ oder „Hals durchschneiden“ waren noch harmlose Varianten. Es gab eine Richtigstellung bei einem Kölner Fernsehsender, auch gegenüber der Gelben Hand betonte Ramnitz, dass er niemals einen Böller geworfen habe oder jegliche Gewalt anwenden würde: „Ich bin zur Neutralität verpflichtet und arbeite sehr gut mit der Polizei zusammen.“ Die Originalaufnahmen des TV-Senders beweisen ebenfalls eindeutig, dass der Böller aus einem schwarzen Block kam. Aber da war die Falschmeldung der Rechtsextremen schon im Netz. Ramnitz will die Drohungen zur Anzeige bringen – „weiter dagegenhalten“ ist seine Devise. Die Gelbe Hand steht dabei an seiner Seite.

Gemeinsam handeln

EVG und Bahn verständigen sich auf Integrationsprojekt



Die Bahnbranche hat auf Initiative der EVG ein Integrationsprojekt für Flüchtlinge ins Leben gerufen. Nach einem ersten Treffen Ende September 2015 in Frankfurt

haben zahlreiche Eisenbahnverkehrsunternehmen sowie die meisten Sozialpartner der Bahnbranche jetzt in Berlin einen konkreten Maßnahmenplan beschlossen. Die Projektteilnehmer wollen so ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden. Ziel soll die Integration anerkannter Asylbewerber sein. „Da uns das Thema Flüchtlinge noch über viele Jahre begleiten wird, wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen, gut in den Arbeitsmarkt und ihr soziales Umfeld integriert werden. Gemeinsam schaffen wir da mehr als jeder Einzelne für sich allein“, war der Grundgedanke des nun verabredeten Handelns. Die Möglichkeiten der Eisenbahnbranche sind breit gefächert und reichen von gemeinsamen Sport- und Kulturveranstaltungen

bis hin zu konkreten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangeboten. Bei der Stiftung Bahnsozialwerk (BSW) wurde deshalb eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die laufende Aktivitäten der Projektpartner unterstützen soll. Die Projektteilnehmer wollen dabei möglichst vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten anbieten. Dazu gehören nicht nur ein Arbeitsplatz, auch sprachliche Förderung und soziale Integration seien Aspekte, derer man sich, im Rahmen vorhandener Möglichkeiten, annehmen wolle. Nur gesamthaft könne eine nachhaltige Integration gelingen.

Ausführliche Infos zu beteiligten Eisenbahnverkehrsunternehmen im Netz unter: https://www.evg-online.org/Presse/Pressemitteilungen_2016/16_01_15_Fluechtlinge/

Von Pegida zu AfD – rückt Deutschland nach rechts?

Seminar des DGB Bildungswerk BUND



Vom 07. bis 12. August bietet das DGB Bildungswerk BUND in seinem Forum zur politischen Bildung folgenden Seminar an:

„Von Pegida über AfD zu einer national-konservativen Massenbewegung in Deutschland? Bestandsaufnahme und Perspektiven.“ Das Seminar beschäftigt sich mit den politischen Entwicklungen der letzten drei Jahre und geht dabei wichtigen Fragestellungen nach: Rückt Deutschland nach rechts? Gibt es eine national-konservative Massenbewegung? Etablieren sich rechtspopulistische Strömungen in Deutschland zu einer konstanten politischen Größe? Wer sind die Leute, die bei Pegida mit spazieren? Was für eine Partei ist eigentlich die AfD und deren Abspaltung? Ist der Protest gegen Flüchtlingsunterkünfte doch ein Phänomen der Mitte? Entlang der Leitfragen werden Positionen und Handlungspielräume der Gewerkschaften aufgezeigt. Geleitet wird das Seminar von Kai Venohr, Referent des DGB Bildungswerks BUND und Mitglied des Gelbe-Hand-Vorstands.

Mehr Infos zu Anmeldung und Seminarort gibt es unter:

<https://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/316463115>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Adis Ahmetovic**, GEW, Hannover
2. **Christoph Alt**, ver.di, Pädagogischer Leiter DGB-Jugend NRW, Hattingen
3. **Markus Andler**, IG BAU, stellv. Regionalleiter Rheinland-Pfalz-Saar, Kaiserslautern
4. **Rainer Bohnet**, EVG, Vorsitzender Bonn/Rhein-Sieg, Bonn
5. **Monika Bornholdt**, ver.di, Geschäftsführerin Bezirk NRW-Süd, Bonn
6. **Christina Domm**, ver.di, Personalratsvorsitzende Deutsche Rentenversicherung Hannover-Braunschweig, Söhlde
7. **Reiner Gehring**, IG Metall, 1. Bevollmächtigter Verwaltungsstelle Westmittelfranken, Ansbach
8. **Sebastian Henn**, IG Metall, Jugendsekretär DGB Region Mittelfranken, Nürnberg
9. **IG BAU Bildungswerk e. V.**, IG BAU, Steinbach/Taunus
10. **IG Metall**, Verwaltungsstelle Gelsenkirchen
11. **Iskender Köklü**, Alfeld/Leine
12. **Michael Lennartz**, IG BCE, Vorsitzender der Ortsgruppe Hochlarmark, Recklinghausen
13. **Nils Padberg**, GEW, Jugendbildungsreferent DGB Region Ruhr-Mark, Bochum
14. **Raycho Penchev**, FES, Bonn
15. **Tobias Raasch**, IG BCE, Vorsitzender des Bezirksjugendausschusses Alsdorf, Langerwehe
16. **Simone Russo**, ver.di, Bochum
17. **Manfred Schmidt**, Bad Salzdetfurth
18. **Petra Tiesmeyer**, ver.di, Geschäftsführerin DGB Region Osnabrück-Emsland, Osnabrück
19. **Katrin Tremel**, ver.di, Vorsitzende Bezirk NRW-Süd, Bonn
20. **Karsten Treutler**, Sehlem

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

Gelbe Hand, ver.di Köln, IG BCE, DGB Bentheim

Produktion:

Setzkasten GmbH Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand